Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 44 (1964-1965)
Heft: 5

Artikel: Die Vereinigten Staaten und die Kolonialfrage
Autor: Albertini, Rudolf von
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-161621

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Vereinigten Staaten und die Kolonialfrage

RUDOLF VON ALBERTINI

Zu den umstrittensten Aspekten in der Außenpolitik der Vereinigten Staaten im und seit dem Zweiten Weltkrieg gehört ihre Haltung zur Entkolonialisierung — zur umfassenden Emanzipations- und Ablösungsbewegung der bis anhin von Europa beherrschten oder kontrollierten Völker Asiens und Afrikas, in deren Endphase wir heute stehen. Hat Amerika diesen Prozeß gefördert und unterstützt, weil er einem traditionellen nationalen Selbstverständnis und auch bestimmten wirtschaftlichen Interessen entsprach, und den Versuch gemacht, nicht nur den Goodwill dieser neuen Nationen zu gewinnen, sondern auch in einer betonten Distanzierung gegenüber Europa eigene Positionen auf- und auszubauen? Hat Amerika damit die Unabhängigkeitsbewegung ungebührlich beschleunigt — wie man besonders in Europa anzunehmen gewillt ist — und ist es daher verantwortlich für die Instabilität mancher ehemaliger Kolonialgebiete? Oder verlangte das enge Allianzverhältnis mit europäischen Kolonialmächten einen Verzicht auf eine antikoloniale Politik? War eine klare Linie, ein klarer Kurs überhaupt möglich, oder sah sich Amerika hier vor ein Dilemma gestellt, dem nicht auszuweichen war?

Historischer Aspekt

Kein Zweifel, die Vereinigten Staaten verstehen sich als antikoloniale Macht; ein Antikolonialismus gehört zum amerikanischen Credo. Ihn historisch zu verstehen fällt dabei nicht schwer. Amerika war selbst einmal Kolonie und ist zur eigenen Staatlichkeit und Nation in und durch einen Unabhängigkeitskrieg, eine Emanzipationsbewegung gegen das herrschende Mutterland gelangt. Daß diese britische Herrschaft eine sehr großzügige war und von Unterdrückung oder gar Ausbeutung kaum gesprochen werden kann, hat dabei wenig zu besagen; es bleibt das fundamentale Faktum, daß die Dekolonisation in Amerika begann, und zwar bevor die eigentliche koloniale Expansion der europäischen Staaten überhaupt einsetzte! Sympathie mit nationalen Bewegungen in Kolonien lag daher auf der Hand und ist zum Beispiel bereits in den amerikanischen Reaktionen zur Unabhängigkeitsbewegung der spanischen Kolonien zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts deutlich faßbar. Während das restaurative Europa der Heiligen Allianz das Prinzip der Legitimität bedroht sieht und Pläne zur Wiedereroberung schmiedet, fühlen sich die Ver-

einigten Staaten unmittelbar den südamerikanischen Aufständischen verbunden. Wobei ein Mißtrauen gegenüber Europa als einem Bereich machtpolitischer Rivalitäten, der Unterdrückung und immer neuer Macht- und Herrschaftsansprüche, das bereits in amerikanischen Äußerungen des achtzehnten Jahrhunderts nachgewiesen werden kann und im Isolationismus der Farewell Adress George Washingtons von 1796 einen lange nachwirkenden Niederschlag gefunden hat, neu aktiviert worden ist und aus der amerikanischen Haltung zur Außenpolitik in der Folgezeit nicht mehr verschwindet. Dieses Mißtrauen kann auch bei Wilson und Franklin D. Roosevelt, aber selbst in manchen Äußerungen unserer Tage nachgewiesen werden und richtete sich nicht nur gegen das angeblich spezifisch europäische Prinzip der Balance of power, sondern auch — vielleicht in besonderem Maße — gegen europäisches Ausgreifen in Übersee. Nicht, daß sich Amerika selber sonderlich bedroht gefühlt hätte und sein Mißtrauen daraus zu erklären wäre, sondern weil in der europäischen Politik als solcher vor allem das Element der Macht gesehen und — aus der eigenen Position der gesicherten Existenz heraus — entschieden verurteilt worden ist. Eine gegen Europa gerichtete Aktion im kolonialen Bereich mußte damit eo ipso mindestens im Ansatz, vor allem in ihrem Anspruch auf Freiheit als legitim erscheinen und auf amerikanische Sympathie stoßen.

Das amerikanische Selbstverständnis im engeren Sinne kommt hinzu und hat dieses Mißtrauen wie diese Sympathie verstärkt und lebendig erhalten: gerne verweisen die Amerikaner auf die Unabhängigkeitserklärung von 1776 als ein zumindest potentiell antikoloniales Dokument, insofern die Gleichheit aller Menschen proklamiert und ein Selbstbestimmungsrecht in Anspruch genommen wird, das sich prinzipiell gegen die Herrschaft über andere Völker richtet. Man weiß, welch enorme Bedeutung gerade der Unabhängigkeitserklärung auch heute noch für das amerikanische Selbstverständnis zukommt, wie stark das freiheitliche Credo verwurzelt ist und der amerikanischen Außenpolitik ihren besonderen Impuls verleiht. Daß sich daraus eine antikoloniale Haltung ergab und ergibt, ist nicht verwunderlich.

Dies, obschon der Historiker mit seiner oft legendenzerstörenden Funktion manche Aspekte anders und vor allem differenzierter sehen wird. Ich sehe dabei ab von der so fragwürdigen Politik gegenüber den Indianern, ihrer Vertreibung und Dezimierung, die etwa in der französischen Polemik gegen den amerikanischen Antikolonialismus eine so wichtige und auch stereotype Rolle spielt — sei es doch einfach, antikolonial zu sein, wenn man zuvor die eingeborene Bevölkerung ausgerottet und auf diese Weise das Problem mehrrassischer Gemeinschaften «gelöst» habe. Man wird aber als Historiker, ich kann dies nur gerade andeuten, das Vortreiben der Grenze nach dem Westen, den großartigen Siedlungsprozeß, die Erfassung eines ganzen Kontinentes im Laufe weniger Jahrzehnte in eine gewisse Parallele setzen dürfen zur europäischen Kolonialexpansion. Wobei die berühmte Nordwestordonnanz von

1787, die die politische Verwaltung der neuen Gebiete westlich der Alleghenies regelte, als eine Art Dekolonisationskonzeption verstanden werden kann. Die Vereinigten Staaten verzichten darauf, diese Gebiete als Untertanen, als Kolonien zu behandeln und geben den Weg frei für deren schrittweise Integration als gleichberechtigte Staaten in die Union. Das ist antikolonial konzipiert, entspricht der freiheitlichen Struktur der Union und basiert auf der Unabhängigkeitserklärung. Die Nordwestordonnanz, die noch der Gewährung von Statehood an Alaska und Hawaii zugrunde lag, könnte aber mit der Assimilations- und Integrationspolitik verglichen werden, wie sie Frankreich seit der Französischen Revolution konzipiert, in liberalen Kreisen gefordert und teilweise — vor allem in Westindien — in die Tat umgesetzt hat und mit der bis zuletzt der Algerienkrieg geführt worden ist. Auch an das zaristische Rußland mit seiner Erfassung eines Kontinentes wäre zu erinnern.

Die Vereinigten Staaten melden zudem, kaum unabhängig geworden, einen eigentlichen Herrschaftsanspruch auf den nordamerikanischen Kontinent an, der in zahlreichen Äußerungen markanter Politiker, sogar von den Vätern der Verfassung, nachgewiesen ist und, mindestens latent, in der Monroe-Doktrin ihren Niederschlag findet. Wenn John Quincy Adams das Prinzip der Noncolonization formuliert und damit die Etablierung neuer Kolonien in Nordamerika zu verhindern sucht, wenn er dabei 1822 bereits offen das Ende aller Kolonialherrschaft postuliert, so haben diese Proklamationen und Verlautbarungen zwar einen antikolonialen Akzent, dienen aber faktisch zur Legitimierung eines amerikanischen Herrschaftsanspruches. Wobei dieser Herrschaftsanspruch, als «Manifest destiny» ideologisiert, in der Folgezeit in eine recht massive Annexionspolitik gegenüber dem mexikanischen Nachbarn einmündet und sich auch bereits dem karibischen Raum zuwendet.

Die Argumentation, die diese Westexpansion zu legitimieren hat, ist dabei der kolonialimperialistischen Europas nicht unähnlich. Dies gilt im verstärkten Maße für die imperialistische Phase der Vereinigten Staaten um die Wende zum zwanzigsten Jahrhundert: die Expansion erfolgt im Selbstbewußtsein der jungen industriellen Großmacht, als Mitsprache an der Aufteilung der Welt, mit Flottenbegeisterung und konkreten strategischen Überlegungen, aber auch getragen von einem missionarischen Bewußtsein der eigenen, als überlegen beurteilten Zivilisation und dem Herrschaftswillen der angelsächsischen Rasse.

Wohl ist diese expansive Phase kurz und außer Puerto Rico und einigen Pazifikinseln werden nur die Philippinen — gewissermaßen in einer «absence of mind» im Sinne von Seeley — unter direkte amerikanische Kolonialherrschaft gebracht. Wohl ist auch der Widerstand gegen die Annexion der Philippinen, vor allem im Senat, bekanntlich außerordentlich stark gewesen und hat eine Art schlechtes Gewissen erzeugt, das die Vereinigten Staaten zum Beispiel nur selten den Begriff der «colony» verwenden und die Worte «depen-

dency», «territory» vorziehen ließ und auch sehr früh künftige Unabhängigkeit in Aussicht stellte. Aber unterscheidet sich die amerikanische Dollardiplomatie in Mittelamerika so grundlegend von der britischen Politik in Ägypten oder dem französischen Protektorat in Marokko? Handelt es sich nicht eher um zwei verschiedene Formen eines umfassenderen Vorganges, für den wir gemeinhin den Begriff des kolonialen Imperialismus verwenden? Es ist auch kein Zufall, daß Amerika dabei ein System von Flottenstützpunkten von Kuba über Panama bis zu den Philippinen errichtet, das mit dem britischen von Gibraltar über Suez bis Singapore zu vergleichen wäre. Die amerikanische Verwaltung in den Philippinen unterscheidet sich zudem nur graduell von der britischen in Ostasien und trotz eines frühzeitigen Versprechens wird die Gewährung von Self-Government mit Argumenten hintangehalten, die den europäischen bis in die Wortwahl ähnlich sind. Und wenn Amerika den Philippinen 1934 mit einer zehnjährigen Übergangsfrist Unabhängigkeit gewährt — das Versprechen wurde 1946 eingelöst — und damit bereits vor dem Zweiten Weltkrieg seine Dekolonisation zur Hauptsache abgeschlossen hat und es sich auch nicht nehmen lassen wird, seine europäischen Allianzpartner auf dieses von Amerika gegebene Vorbild hinzuweisen und zur Nachahmung zu empfehlen, so weiß doch jeder Historiker, daß die philippinische Unabhängigkeitsakte von 1934 sowohl ihre Entstehung wie ihren Erfolg im Kongreß nicht einer prinzipiellen antikolonialen Haltung verdankt oder als großzügige Anerkennung des philippinischen Selbstbestimmungsrechtes zu verstehen ist, sondern den Erfolg massiver Wirtschaftsinteressen darstellt, die in ähnlicher Weise wie in Europa, wenn auch in umgekehrtem Sinne, als Pressure Groups die Politik der eigenen Regierung beeinflußt und bestimmt haben.

Dies mögen einige kritische Einwendungen *gegen* eine Idealisierung des amerikanischen Antikolonialismus sein. Die Tatsache bleibt, daß sich die Vereinigten Staaten als antikoloniale Macht verstanden haben und der amerikanische Antikolonialismus zu einem Aspekt der amerikanischen Außenpolitik geworden ist. So ist es, historisch gesehen, kein Zufall, sondern als Symptom der weltpolitischen Machtverschiebung zu verstehen, wenn mit dem Eingreifen der Vereinigten Staaten in den Ersten Weltkrieg und ihrer maßgeblichen Beteiligung am Frieden von Versailles die Kolonialfrage einen neuen Charakter gewinnt. Dem Versuch der Alliierten, in Geheimabkommen und «Kolonialausgleichen» über das türkische Reich und die deutschen Kolonien zu befinden und diese unter sich aufzuteilen, verweigert Präsident Wilson seine Zustimmung: Amerika stellt nicht nur eigene Forderungen, sondern entwirft auch eine neue Konzeption der Weltpolitik, in der die Kolonialfrage zum Kriterium eines neuen Verhaltens in machtpolitischen Fragen wird. Und was sich bei Wilson ankündigt, verdeutlicht sich im Zweiten Weltkrieg bei Präsident Roosevelt.

Wilsons Politik ist allerdings nur bedingt antikolonial oder gar auf ein Ende der europäischen Kolonialherrschaft gerichtet. Zum Beispiel 1916, in den Verhandlungen von Colonel House in London, geht es den USA offensichtlich vor allem um einen «gerechten Ausgleich» zwischen deutschen und alliierten Ansprüchen. Ein Gleiches gilt noch für Punkt fünf der 14 Punkte vom Januar 1918: «A free, open-minded and absolutely impartial adjustment of all colonial claims» kann nicht anders verstanden werden und gab später Deutschland das berechtigte Argument, gegen den Verlust seiner Kolonien zu protestieren. Es ist zwar von den «interests of the populations concerned» die Rede, doch hat diese Formel mehr deklamatorischen Charakter und bietet noch keinen entscheidend neuen Ansatzpunkt. Es fällt auf, daß weder von einem Selbstbestimmungsrecht, einer Befragung der Bevölkerung, noch vom Mandatsystem des Völkerbundes die Rede ist. Das Mandatsystem ist auch in den ersten Völkerbundsentwürfen Wilsons und Houses vom Juli und August 1918 noch nicht enthalten! Dabei ist es bereits in der Diskussion, sowohl in liberalen Kreisen Großbritanniens wie in einer speziellen, von House im September 1917 eingesetzten Expertenkommission, der sogenannten Inquiry. Hier wird vom Kolonialausschuß unter Leitung des Historikers Beer das Mandatsprinzip formuliert — Beer ist dabei betont englandfreundlich und hat Verbindung zur Round-Table-Gruppe britischer Imperialisten. Wir wissen heute aber, daß Beers Memoranden für Wilson keine entscheidende Rolle gespielt haben. Hingegen werden in der bekannten, von House veranlaßten Interpretation der vierzehn Punkte, an der auch Walter Lippmann beteiligt gewesen ist, die «interests of the populations» genauer umschrieben, die Kolonialmacht zudem bewußt nicht als «owner of its colonies», sondern als «trustee for the natives» bezeichnet und die Kolonialverwaltung zur «matter of international concern» erklärt. Die Friedenskonferenz möge einen «code of colonial conduct binding upon all colonial powers» ausarbeiten lassen. Damit wird die «neue Politik» Amerikas bereits klarer sichtbar — wobei allerdings auch eine Konzession an die Alliierten gemacht werden muß: Punkt fünf soll nicht als Neuaufteilung des ganzen Kolonialbesitzes verstanden werden, sondern nur für die vom Feinde eroberten Gebiete gelten. Diese Konzession erscheint mir als Symptom wichtig: Amerika kann zwar allgemeine Prinzipien verkünden, muß aber als Allianzpartner der europäischen Kolonialmächte auf deren Durchführung mindestens teilweise verzichten.

Weitere Konzessionen müssen in Paris gemacht werden. Es kommt zu einer schweren Auseinandersetzung im Zehnerrat zwischen Wilson und den Alliierten, insbesondere den britischen Dominions: Südafrika will Südwestafrika, Australien deutsche Pazifikinseln annektieren und sich nicht mit einem Völkerbundsmandat begnügen. Eine Kompromißformel kommt mit Hilfe von Ge-

neral Smuts zustande: Gruppe C der Kolonialmandate stellt das Völkerbundsmandat sicher, ermöglicht aber faktisch eine Annexion. Bemerkenswert ist an dieser Debatte, die zu den schwersten Krisen der Pariser Friedensverhandlungen gehört, daß es weder um die Frage der Rückgabe der deutschen Kolonien geht und auch nicht etwa um die Frage des Self-Government in den Kolonien, sondern um das Prinzip der Annexion. Für Wilson gewinnt die Kolonialfrage diese erstrangige Bedeutung, weil mit sanktionierten Annexionen das Prinzip des Völkerbundes und die durch ihn bestimmte neue Weltordnung hoffnungslos kompromittiert worden wäre. — Der amerikanische Antikolonialismus, repräsentiert durch Wilson, wird also in Paris vorerst eher indirekt wirksam: in der Behandlung der Kolonialfrage soll sich eine neue Haltung in machtpolitischen Belangen dokumentieren — ein Anspruch und eine Hoffnung, die auf die traditionelle Abgrenzung zwischen alter und neuer Welt zurückgeht, aber auch, vielleicht mehr als es die Europäer selber anzunehmen gewillt sind, der neuen Weltlage entspricht.

Wilson hat das Kolonialsystem als solches nicht eigentlich und bewußt in Frage gestellt oder gar kolonialen Emanzipationsbewegungen amerikanische Unterstützung verliehen. Das proklamierte Selbstbestimmungsrecht richtet sich in erster Linie an die europäischen Völker und Nationalitäten, vor allem Osteuropas. Dennoch: das Selbstbestimmungsrecht ist in amerikanischen Augen ein allgemeines, eine Art Menschenrecht, und richtet sich gegen die angeblich spezifisch europäische Gepflogenheit, Völker und Staaten im Interesse der Balance of power zu verteilen oder auszutauschen. Wilson erklärt denn auch im Zehnerrat, daß das Völkerbundsmandat nur gelten soll «until the day when the true wishes of the inhabitants could be ascertained». In Syrien will er durch eine Kommission vorerst die Meinung der Bevölkerung erkunden. Kein Wunder, daß die Kolonialvölker — vor allem Araber und Inder — sich bereits in Paris auf Wilsons Erklärungen berufen und die europäischen Kolonialmächte zu Konzessionen und Reformen zu zwingen versuchen. Mit der im Mandatssystem des Völkerbundes sanktionierten Internationalisierung der Kolonialfrage, die die europäischen Mächte recht widerwillig akzeptieren mußten, mit der neuen Betonung der Native interests und dem als Kriegsziel und als Basis des Friedens proklamierten Selbstbestimmungsrecht haben sich die Vereinigten Staaten als Wegbereiter einer allgemeinen Dekolonisation ausgegeben — oder genauer: es hat sich das Bild eines antikolonialen Amerikas eingeprägt. Die Vereinigten Staaten werden zu Repräsentanten einer neuen antiimperialistischen Haltung, die auf das Ende der Kolonialherrschaft abzielt. Während die nationalen Eliten dies begrüßen, haben kolonialinteressierte Publizisten in England und Frankreich bereits um 1920 den amerikanischen Einfluß für die nun nicht mehr abbrechende Reihe von Unruhen, Manifestationen und antieuropäischen Proklamationen verantwortlich zu machen versucht.

In der Zwischenkriegszeit hat Amerika die in Paris angekündigte anti-

koloniale Politik nicht fortgeführt; jedenfalls besitzen wir dafür noch keine dokumentarischen Belege. Wenn Roosevelt etwa die Unterzeichnung der Philippinenakte als «one of the happiest events in my office as President of the United States» bezeichnet, so ist diese Erklärung unmittelbar zweckbestimmt und eröffnet nicht etwa eine antikoloniale Asienpolitik. Erst im Moment, da für Amerika der Zeitpunkt des Kriegseintrittes heranrückt und die Kriegsziele und künftigen Friedenskonzeptionen mit den Alliierten besprochen werden müssen, wird die Befreiungsideologie auch auf die Kolonien ausgeweitet und bildet sich ein antikolonialer Anspruch heraus. Dabei geht es nun nicht mehr um die Neuverteilung von Kolonien, sondern um den Modus, wie den Emanzipationsbewegungen entsprochen und die Kolonien zum Self-Government oder gar zur Unabhängigkeit gebracht werden können und sollen; zudem ist Amerika in viel stärkerer Position und kann eine eindeutige antikoloniale Haltung nicht nur formulieren und proklamieren, sondern zum Teil auch seinen Alliierten aufzwingen.

Präsident F. D. Roosevelt

Dieser Antikolonialismus geht dabei durchaus von Roosevelt persönlich aus, wird aber von seinen Mitarbeitern und Beratern wie Staatssekretär Hull, Summer Welles, Harry Hopkins und anderen unterstützt und von der Presse übernommen. Roosevelt stößt dabei vorerst mit England, vor allem mit Churchill zusammen. Bekannt ist, wie Churchill die Atlantic Charter mit ihrem «right of all people to choose the form of government under which they will live» nur für Europa gelten lassen will und sich im Empire einen von London bestimmten Weg vorbehält, während Roosevelt offen und eindeutig die Allgemeingültigkeit dieses Rechts betont und damit die Entkolonialisierung als amerikanisches Kriegsziel ausgibt. Der amerikanische Präsident polemisiert gegen die «archaic medieval Empire ideas» des britischen Premiers, verdächtigt ihn, einen angeblich ausbeuterischen Imperialismus in die Nachkriegszeit hinüberretten zu wollen und weigert sich, amerikanische Streitkräfte dafür einzusetzen. Roosevelt hat es aber besonders auf Frankreich abgesehen: obschon ursprünglich Frankreich die Wiederherstellung seines Besitzstandes zugesichert worden war, kämpft Roosevelt in der Folgezeit energisch gegen eine Rückkehr Frankreichs nach Indochina. Er weigert sich sogar, der französischen Résistance in Tongking Waffen zu liefern und überläßt sie beim japanischen Angriff im März 1945 ihrem Schicksal. Roosevelts Kenntnisse der kolonialen Situation sind dabei dürftig, seine Urteile einseitig und stereotyp: Großbritannien und Frankreich hätten immense Reichtümer aus den Kolonien gewonnen, wenig für die Eingeborenen getan und seien für den wirtschaftlich-sozialen und zivilisatorischen Rückstand der betreffenden Gebiete verantwortlich. Typisch für Roosevelt ist aber auch die Bereitschaft, nach dem

Kriege zu helfen; so verspricht er während seines Aufenthaltes in Casablanca dem Sultan von Marokko Hilfe — eindeutig gegen Frankreich gerichtet — wobei er die Möglichkeiten wirtschaftlicher Hilfeleistung offensichtlich überschätzt und damit einen problematischen Aspekt der amerikanischen Auslandshilfe nach dem Kriege vorwegnimmt.

In diesem amerikanischen Antikolonialismus stoßen wir bei näherer Analyse auf mehrere Aspekte — Traditionen und Vorurteile, Interessen und politische Überlegungen. Das vor und während des Krieges mächtig aktivierte demokratische Credo, die Freiheitsideologie, für die Amerika Krieg führt, und das Selbstbestimmungsrecht in der Tradition Wilsons verbinden sich mit dem alten Mißtrauen gegenüber der machtpolitischen Tradition Europas, aber auch mit unmittelbaren amerikanischen Interessen: Open door, Meistbegünstigung, Verzicht auf Präferenzzölle etwa fordert Roosevelt bereits in den Verhandlungen um die Atlantic Charter vom britischen Premier. Unmittelbare strategisch-politische Rücksichten sprechen mit: für die Landung in Nordafrika, für die Aktionen im Nahen Osten, vor allem aber für die Burmafront und den Pazifikkrieg glaubt man durch Konzessionen, Sympathien oder gar Unterstützung nationaler Bewegungen bessere Ausgangspositionen zu gewinnen. Und da Amerika einen Großteil, wenn nicht die Hauptlast dieser Operationen trägt, glaubt es sich auch berechtigt, mitzusprechen und die Kolonialmächte diplomatisch zu bearbeiten. Für uns ist wichtig eine weitere, mehr in die Zukunft zielende Überlegung: Roosevelt und seine Mitarbeiter, aber auch maßgebende Asienspezialisten sind von der künftigen weltpolitischen Rolle Asiens überzeugt. Eine Rückkehr zum Status quo sei nicht mehr möglich, Asien sei in Bewegung geraten. Die japanischen Siege in den europäischen Kolonialgebieten hätten das Prestige der Kolonialmächte schwer getroffen, China sei Weltmacht geworden, und Indien werde bald nachfolgen. Die erstarkten Nationalismen seien repressiv nicht mehr zu meistern. Andererseits scheint für die USA ein bloßer Rückzug in Vorkriegspositionen nicht mehr möglich zu sein; die USA werde eine erstrangige Asienmacht sein und eine Führungsrolle spielen. Sie dürfe daher nicht ins Schlepptau der europäischen Mächte, denen es vorerst um die Rückgewinnung ihrer Kolonien gehe, geraten und müsse ihre Unabhängigkeit und Eigenständigkeit unterstreichen. Ein Eintreten für die Emanzipationsbewegungen und die künftige Unabhängigkeit der Kolonien ergibt sich dabei als geeigneter Ansatzpunkt — nur im Einvernehmen mit den unabhängig gewordenen Völkern glaubt Amerika sowohl seinen ideologischen Prinzipien zu entsprechen wie andererseits amerikanische Interessen in Asien vertreten zu können. Ja noch mehr: Die künftige Ordnung im Nahen und Fernen Osten könne nicht mehr durch die Kolonialmächte bestimmt werden, sondern müsse von der wohlwollenden Akzeptierung der Unabhängigkeit arabisch-asiatischer Völker ausgehen. Der Friede könne nicht mehr gegen sie, sondern nur noch mit ihnen gesichert werden. Der Verzicht auf die Isolation

und die Akzeptierung einer amerikanischen Führungsrolle stehen daher in engster Verbindung mit dem Antikolonialismus.

Dies ließe sich leicht beim republikanischen Präsidentschaftskandidaten von 1940, Wendell Willkie zeigen, der 1942 eine stark beachtete Weltreise unternimmt, dem amerikanischen Volk in einer Radioansprache darüber berichtet und dann sein bekanntes Buch «One World» (1943) veröffentlicht, worin von «the orderly and scheduled abolition of colonial system» und der «new society of independent nations» die Rede ist, wobei Willkie seine Landsleute gleichzeitig auf die globalen Verpflichtungen hinweist, die in der Nachkriegszeit auf Amerika zukommen werden! Ähnlich auch der langjährige Unterstaatssekretär und Berater Roosevelts, Summer Welles. In dessen Buch «The time of decision» (1944) heißt es etwa:

> Hundreds of millions of people at the outset of the present war were under alien sovereignty as colonial subjects of the imperial powers. Can we conceivably envision a peaceful or a stable world if it is to continue, when the war is won, half slave and half free? The peoples of Asia, of the Near East, and of Africa are waiting to see what the victory of the United Nations is going to mean to them. They will regard the decisions taken by us as an acid test. Unless the forces of nationalism, which are fast growing more and more powerful in all these vast areas of the earth, are canalized into constructive channels, a devastating state of chaos will ensue. The determination of some of these peoples to secure their freedom cannot longer be thwarted.

Selbst der «Realist» Walter Lippmann, der sogar eine gefährliche Übergangssituation vom Kolonialstatus zur Unabhängigkeit prophezeit, meint, daß ein baldiges Ende der Kolonialherrschaft die Bedingung für eine erfolgreiche Asienpolitik der Vereinigten Staaten sei: der Westen könne künftig die Ereignisse in Asien nicht mehr selbstherrlich bestimmen, sondern höchstens zu beeinflussen versuchen.

Das ist nicht mehr billiger Antikolonialismus, wie es die europäischen Mächte zu sehen belieben, und auch nicht der Versuch, die Europäer aus Asien vertreiben zu wollen, um die wirtschaftlichen Ressourcen nun für sich und unter amerikanischer Kontrolle ausbeuten zu können — wie es vor allem die Franzosen den USA vorwarfen und noch heute vorwerfen, sondern eine letztlich richtige Sicht der durch den Krieg ungemein beschleunigten Wandlungsprozesse in Asien und, darüber hinaus, allgemein in der kolonialen und halbkolonialen Welt. Ich möchte sogar meinen, daß die Amerikaner hier — trotz aller Hypokrisie und Selbstgerechtigkeit, moralisierenden Kritik und Vereinfachungen — weiter und richtiger gesehen haben als viele Engländer, Franzosen und Holländer, die, stolz auf ihre Erfahrung und pochend auf ihren Realismus, zwar Konzessionen zu machen gewillt waren, aber nur widerwillig, ohne die direkte Kontrolle aus der Hand zu geben und ohne den revolutionär-nationalistischen Umbruchsprozeß in seinem vollen Ausmaß zu sehen oder zu akzeptieren!

Amerika ist sich dabei durchaus bewußt, daß nun nicht einfach Self-Government und Unabhängigkeit gewährt werden kann, daß viele Gebiete dazu noch nicht befähigt und ausreichend vorbereitet sind. Daher wird denn auch das Mandatsystem wieder aufgenommen und in das Trusteeshipsystem der kommenden UNO umgewandelt. Darüber wird auf den alliierten Kriegskonferenzen diskutiert — wobei selbstverständlich wie in Paris vor allem Amerika antreibt und eine weitgehende Internationalisierung der Kolonialfrage anstrebt. Washington, vor allem Roosevelt, möchte vorerst alle Kolonien der UNO unterstellen, eventuell sogar eine unmittelbare UNO-Verwaltung einrichten. Und da er den britischen Widerstand kennt, setzt er sich mit Stalin in Verbindung, dem er sich in dieser Frage offenbar näher fühlt als dem Erzimperialisten Churchill! Scheinbar ohne zu bemerken, daß sowohl Stalin wie Tschiang Kai-schek natürlich einem solchen Trusteeshipsystem nur zustimmen können — schon weil damit die europäischen Mächte geschwächt würden und sie selber erst noch in den Aufsichtsgremien vertreten sein würden! Es ist aber doch zu betonen, daß Stalin in der Kolonialfrage keine besondere Initiative gezeigt hat: man wird nicht von amerikanischen Konzessionen an Rußland sprechen dürfen.

Zwei Aspekte sind dabei besonders interessant: Amerika muß mit seinen westlichen Alliierten rechnen und Konzessionen machen, insbesondere natürlich an Großbritannien. Ganz einfach, weil es nicht anging, auf eine freundschaftliche Zusammenarbeit mit Europa zu bauen und gleichzeitig einen Antikolonialismus gegen die eigenen Allianzpartner zu richten. Staatssekretär Hull hat dieses Dilemma, das sich ja bereits bei Wilson ankündigt, rückblickend scharf formuliert: «We could not press them too far with regard to the South Pacific in view of the fact, that we were seeking the closest possible co-operation with them in Europe. We could not alienate them in the Orient and expect to work with them in Europe.» Amerika ist denn auch bereit, den Nahen Osten vorerst als westlich-britischen Einflußbereich zu betrachten oder etwa, im Falle Indiens, freundschaftlich, wenn auch sehr deutlich, London zu weitgehenden Konzessionen an Nehru und Gandhi zu bewegen und sich gegenüber der britischen Politik deutlich zu distanzieren, aber doch wissend, daß man nur Wünsche anbringen, nicht aber eigenständig vorgehen, Großbritannien zwingen oder gegen England agieren konnte. Der antikoloniale Roosevelt weiß das genau und verhält sich demgemäß, während zum Beispiel sein Sonderbeauftragter Phillips oder Senator Vandenberg geradezu eine Art Ultimatum an England gefordert haben! Auch in der Trusteeshipfrage muß Amerika nachgeben: Im Kompromiß von San Francisco wird unmittelbare Trusteeshipverwaltung nur für die ehemaligen Mandatsgebiete des Völkerbundes und andere, nun im Zweiten Weltkrieg eroberte Bereiche eingerichtet; für die eigentlichen Kolonien gilt nur eine Informationspflicht.

Zweitens: Amerika muß nicht nur Konzessionen an die westeuropäischen

Allianzpartner machen, sondern eigene strategische Bedürfnisse in Rechnung stellen. Es geht dabei um die von Japan gewonnenen, zum Teil ehemals deutschen Pazifikinseln. Im Hinblick auf die amerikanische Sicherheit protestieren Stimson, Knox und die Joint Chiefs of Staff gegen eine UNO-Kontrolle und drängen auf Annexion. Es ist geradezu paradox, daß ausgerechnet auf amerikanisches Drängen hin in San Francisco der Begriff der «strategic areas» geschaffen wird, die, im Sinne eines Kompromisses, unmittelbar dem Sicherheitsrat unterstellt werden — worin die USA ein Vetorecht haben. Wobei die USA die Argumentation der Südafrikaner und Australier von 1919 übernehmen! Und sie haben denn auch eine verdeckte Annexion der ehemals japanischen Inseln gewährt bekommen. Nicht unähnlich der heutige Konflikt mit Panama: Im Moment, da die eigene Sicherheit bedroht erscheint, schränkt Amerika seinen Antikolonialismus ein und muß Positionen verteidigen, die es in der Phase imperialistischer Expansion gewonnen hat!

Nach 1945

Es ließen sich daran einige allgemeine Betrachtungen zur Problematik der amerikanischen Außenpolitik und des amerikanischen Verhaltens in außenpolitischen Fragen anknüpfen — etwa im Sinne von Lippmann, Kennan oder Niebuhr. Ich muß mich beschränken, noch kurz auf die Nachkriegspolitik einzugehen. Das von Hull formulierte Dilemma gilt in besonderem Maße für die Jahre nach 1945, besser noch ab 1949. Vorerst ist die Kolonialfrage nicht sonderlich akut — vor allem weil London, das heißt die Labourregierung, in Asien die Dekolonisation energisch vorantreibt, schneller und energischer, als es Amerika während des Krieges je gedacht oder gar gefordert hatte. In Indonesien und Indochina versucht Washington eine Art Vermittlungsposition einzunehmen, zum Teil sich auch zurückzuhalten.

Mit dem kalten Krieg in Europa aber, mit dem Sieg Maos in China und dann mit dem Koreakrieg muß Amerika Stellung beziehen: ist Washington einerseits noch mehr als bisher an Sympathien in Asien interessiert und sucht es dessen Abgleiten in den kommunistischen Einflußbereich zu verhindern, so ist Amerika gleichzeitig an Stützpunkten und Paktsystemen interessiert und muß mit dem Aufbau der atlantischen Verteidigung auf Wünsche der westlichen Partner eingehen. In der indonesischen Auseinandersetzung zum Beispiel tritt Washington nun gegen Holland auf, setzt aber gleichzeitig seine Wirtschaftshilfe an Holland fort. In Marokko drängt Washington Frankreich zu Konzessionen, hat aber dort selbst strategische Basen und will oder kann in der UNO nicht ständig gegen Frankreich Stellung beziehen: mit dem Ergebnis, daß Holland und Frankreich die Vereinigten Staaten für den Verlust ihrer Kolonien verantwortlich machen und zum Teil äußerst gehässig reagieren,

Asiaten, Araber und später Afrikaner aber ebenfalls enttäuscht sind und Amerika einen Verrat seiner antikolonialen Prinzipien vorwerfen.

In Indochina stellt sich zudem ein neues Problem: Was soll Amerika tun, wenn die nationalen Emanzipationsbewegungen kommunistischen Charakter tragen oder unter kommunistischen Einfluß gelangen und von Moskau unterstützt werden? Hat Amerika den französischen Indochinakrieg vorerst als eine Art Kolonialkrieg beurteilt und nur zurückhaltend unterstützt, so wird er nun zum antikommunistischen Kampf um Demokratie und Freiheit und als Front im kalten Krieg uminterpretiert. Mit dem Ergebnis, daß Amerika schrittweise in die Position Frankreichs einrückt. Welche Belastung später der Algerienkrieg für das amerikanisch-französische Verhältnis bedeutet hat und damit allgemein für die atlantische Allianz, ist bekannt: Amerika konnte und wollte weder voll auf die Seite der Algerier noch auf die Seite Frankreichs treten. Ein Glück, daß General de Gaulle sowohl die Dekolonisation Schwarz-Afrikas rechtzeitig gelöst und den Algerienkrieg beendet hat!

Der amerikanische Antikolonialismus oder Amerikas Haltung zur Kolonialfrage ist in Europa wie in den Vereinigten Staaten heftig diskutiert und ebenso heftig kritisiert worden. Hat die amerikanische Publizistik im allgemeinen einen konsequenteren Antikolonialismus, das heißt ein konsequenteres Eintreten für die asiatisch-afrikanischen Emanzipationsbewegungen befürwortet und gehofft, auf diese Weise der amerikanischen Politik mehr Geradlinigkeit und Glaubwürdigkeit zu geben, so waren und sind die Historiker und Publizisten der Kolonialmächte versucht, nur die Unzulänglichkeiten und offensichtlichen Fehlleistungen der amerikanischen Politik zu sehen und herauszustellen. Kein Zweifel, daß manches Vorgehen ungeschickt oder unreflektiert erschien und oft auch in recht unklaren Vorstellungen sowohl der angestrebten Weltordnung wie auch des Selbstbestimmungsrechtes, der bisherigen Kolonialpolitik oder der Schwierigkeiten der unabhängig gewordenen Staaten beruhte. Ähnlich wie bereits Wilson, hat auch Roosevelt — und Amerika allgemein — die Möglichkeiten der UNO und damit einer Internationalisierung der Kolonialfrage überschätzt. Es ist auch unbestreitbar, daß die amerikanische Politik in kolonialen Belangen oft schwankend, unklar und wenig konsequent gewesen ist und weder die eine noch die andere Seite befriedigt hat, noch befriedigen konnte. Aber war es nicht richtig, aus einer traditionell antikolonialen und auch antieuropäischen Haltung heraus, die in Bewegung geratenen Kräfte im asiatisch-afrikanischen Raum rechtzeitig zu akzeptieren und in die eigene globale Außenpolitik einzubauen? Dabei war dem Dilemma, mit dem sich die Vereinigten Staaten konfrontiert sahen und das bereits Wilson zu gewissen Konzessionen an die europäischen Allianzpartner zwang, nicht auszuweichen. War in der so ungemein komplizierten Situation des kalten Krieges eine geradlinige und konsequente Politik, die einerseits den Aufbau und die Erhaltung des atlantischen Verteidigungssystems und gleichzeitig die

Wahrung der amerikanisch-westlichen Positionen und Sympathien im asiatisch-afrikanischen Bereich sicherstellte, überhaupt möglich? Ich glaube kaum und möchte meinen, daß der amerikanische Antikolonialismus, der in Europa gern als kurzsichtig-naiv oder wirtschaftlich-egoistisch beurteilt worden ist, wesentlich zur Beschleunigung der nicht vermeidbaren Dekolonisation beigetragen und dem Westen nicht allzu ungünstige Ausgangspositionen für die nachkoloniale Ära verschafft hat. Man könnte sogar von einer gewissen «Arbeitsteilung» sprechen, insofern innerhalb der atlantischen Gemeinschaft Europa begreiflicherweise seine traditionellen Interessen verteidigte und damit einen retardierenden Faktor darstellte, der als solcher nicht ohne Wert gewesen ist, während andererseits die Vereinigten Staaten dafür sorgten, daß die Verbindungen zu den sich emanzipierenden Völkern und Staaten nicht abbrachen und der Westen nicht als ein geschlossener Block der ihre kolonialen Positionen verteidigenden Mächte aufgetreten ist. Es konnte damit verhindert werden — wenigstens bis zu einem gewissen Grade —, daß die Entkolonialisierung nur von kommunistischer Seite Sympathie und Unterstützung erhielt und damit als bloße Auseinandersetzung zwischen Kommunismus und Kapitalismus erschien.

Eine stark erweiterte und mit den Belegen versehene Fassung dieses im Winter 1964 gehaltenen Vortrages wird in den Vierteljahresheften zur Zeitgeschichte erscheinen.

Die langfristige Prognose und Planung in der Wirtschaft

EUGEN BÖHLER

Seit einiger Zeit macht sich die Tendenz bemerkbar, die geschäftlichen Dispositionen immer weiter in die Zukunft zu erstrecken und damit auch die Ansprüche an die Prognose zu erhöhen. Gleichzeitig haben die Staaten und Staatengruppen begonnen, ihre Verantwortlichkeit für die Stabilität der Wirtschaft zu einer Sicherstellung des Wachstums und der langfristigen Entwicklung zu erweitern. Infolgedessen haben sich die Versuche, langfristige Prognosen aufzustellen, stark vermehrt, und in Verbindung damit hat man das Postulat aufgestellt, es müßten an Stelle der hypothetischen Prognosen «unbedingte» Voraussagen treten, weil die Wirtschaftspolitik dies verlange.